

Bericht aus der Landtagsdebatte vom 11. - 14. Juni 2019 (79. und 81. Sitzung)

Bildung | Jugend | Kultur | Religion | Medien

BILDUNG | JUGEND

Entlastung der Lehrkräfte durch Stärkung multiprofessioneller Teams an Schulen

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/11462 (Neudruck) vom 28.5.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11400/11462.pdf

Mit unserem letzten Bildungsantrag machen wir noch einmal deutlich, wie wir uns die Schule der Zukunft vorstellen. Lehrkräfte sollen entlastet werden durch zusätzliche Stellen für Verwaltungsleitungen, IT- und Medienbetreuung, Schulsozialarbeit, schulpsychologische Betreuung und Schulgesundheit. Gemeinsam mit den anderen schulischen Akteur*innen sollen sie multiprofessionelle Teams bilden. Wir fordern die Landesregierung auf, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden einen Prozess zur Entwicklung eines entsprechenden mit einem Kosten- und Zeitplan unterlegten Konzepts zu initiieren. Dem Antrag ist die CDU beigetreten. In der Debatte gab es zwar viel Zustimmung in der Sache (auch wenn dabei gern auf die Zuständigkeit der kommunalen Schulträger verwiesen wurde) und sogar Ergänzungswünsche von Seiten der Koalition. Dennoch wurde der Antrag erwartungsgemäß abgelehnt.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2019/mlh-190611-staerkung-multiprofessioneller-teams/>

Kinder und Jugendliche mit dem Förderbedarf „geistige Entwicklung“ oder vergleichbarem Förderbedarf und ihre Familien besser unterstützen: Ganztägige Betreuung ermöglichen

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/8996 vom 19.6.2018

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_8900/8996.pdf

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport

Drucksache 6/11518 vom 6.6.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11500/11518.pdf

Nach vielen parlamentarischen Vorstößen ist es endlich gelungen, eine pragmatische Einstiegslösung zur Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen ab Sekundarstufe 1 zu finden. Wir werten das als Erfolg des gemeinsamen Drucks von uns und der CDU. Die Landesregierung wird für das kommende Schuljahr ein Förderprogramm auflegen. Demnach soll den antragstellenden Landkreisen und kreisfreien Städten für jedes Kind bzw. Jugendlichen, deren Eltern einen Betreuungsbedarf haben, für die Mitfinanzierung des Betreuungsangebots ein Festbetrag von 300 Euro je Betreuungsmonat zur Verfügung gestellt werden. Das Land geht dabei von 450 Kindern und Jugendlichen aus, diese Zahl wird aber nicht gedeckelt. Wir sind einer entsprechenden Beschlussempfehlung beigetreten. Dennoch wäre ein gesetzlich verankerter Rechtsanspruch, wie wir ihn vor einem halben Jahr schon mit einem Gesetzentwurf unterlegt hatten, der deutlich bessere Weg gewesen. Daran werden wir auch weiter festhalten.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2019/mlh-190611-foerderbedarf-geistige-entwicklung/>

Bericht der Landesregierung zum Beschluss des Landtages Brandenburg vom 14.12.2017 zur „Analyse der Qualitätsmanagementsysteme frühkindlicher Bildung in Brandenburg“ (Drucksache 6/7693-B)

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7600/7693.pdf

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/11446 vom 23.5.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11400/11446.pdf

Im Dezember 2017 wurde ein von mir initiiertes, gemeinsames Antragsverfahren von Grünen/CDU/SPD/Die Linke für ein Kita-Qualitätsmonitoring verabschiedet. Eigentlich sollte das Monitoring diesen Sommer starten. Doch dies wird sich wohl mindestens um ein Jahr verzögern. Vorgelegt und im Plenum diskutiert wurde zunächst eine umfassende Studie von Prof. Sturzbecher zu vorhandenen Kita-Qualitätsmanagementsystemen in Brandenburg. Viele Landkreise, Städte, Träger und Einrichtungen haben sich dem Thema Kita-Qualität in sehr unterschiedlicher Weise bereits gestellt, sechs Landkreise haben bereits Kriterien und Bewertungsstandards erarbeitet. Sturzbecher vermisst dabei allerdings die Beteiligung von Eltern und Kindern. Er erarbeitet zur Zeit einen sogenannten Kita-Check, der nach einer ausgiebigen Erörterung mit den Trägern und den kommunalen Spitzenverbänden als Grundlage für das Monitoring dienen soll. Ich erhoffe mir eine Ausweitung des Monitorings, denn bei geplant 150 Kitas jährlich würde es 13 Jahre dauern, bis alle Kitas einmal daran teilgenommen hätten.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2019/mlh-190612-qualitaet-fruehkindliche-bildung/>

KULTUR

Konzept eines kulturellen Förderprogramms „Brandenburger Kulturort des Jahres“ gemäß Landtagsbeschluss (Drucksache 6/9886 - B)

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_9800/9886.pdf

Konzept der Landesregierung

Drucksache 6/11463 vom 28.5.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11400/11463.pdf

in Verbindung mit

„Förderkonzept zur Unterstützung regionaler kultureller Ankerpunkte gemäß Landtagsbeschluss (Drucksache 6/9544 (ND)-B)“.

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_9500/9544.pdf

Konzept der Landesregierung

Drucksache 6/11466 vom 28.5.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11400/11466.pdf

Diese beiden Konzepte sind erfreulich, ermöglichen sie doch ab der nächsten Legislaturperiode eine Kulturförderung vor allem auch für den ländlichen Raum. Zum Kulturort des Jahres hat uns die Ausschussfahrt zur europäischen Kulturhauptstadt Leeuwarden inspiriert. Das Konzept der Landesregierung sieht gemäß unserem Beschluss eine starke Beteiligung der Bevölkerung und die Einbindung der Region vor. Alle zwei Jahre soll es eine Ausschreibung geben, entscheiden soll eine kleine Jury. Es soll eine sechsstellige Fördersumme und mit einem möglichen Nachhaltigkeitsbonus geben.

Das Konzept für die kulturellen Ankerpunkte sieht eine Förderung von bis zu 15 Ankerpunkten im

ländlichen Raum bis maximal sechs Jahre vor. Nach diesen sechs Jahren ist eine neuerliche Bewerbung nur ausnahmsweise unter Voraussetzung einer „neuen Stufe“ des Projektes möglich. Die Fördersummen sollen sich in den ersten drei Jahren auf zunächst 100.000 Euro bis 150.000 Euro je Ankerpunkt belaufen und werden bei Verlängerung reduziert. Beide Konzepte müssen natürlich mit dem nächsten Haushaltsplan erst unterlegt werden.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2019/mlh-190612-kulturort-ankerpunkte/>

RELIGION

Religiöse Neutralität der Justiz

Antrag der AfD-Fraktion

Drucksache 6/11300 vom 7.5.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11300/11300.pdf

Die AfD fordert ein generelles Kopftuchverbot für alle Funktionsträgerinnen bei Gericht, obwohl die Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD antwortete: „Es sind keine Fälle bekannt, in denen Richterinnen, Staatsanwältinnen oder Schöffinnen aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen.“ Mit diesem dritten „Kopftuch-Antrag“ innerhalb eines Jahres setzt die AfD ihre Hetze gegen Muslime fort.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2019/mlh-190611-religioese-neutralitaet-der-justiz/>

MEDIEN

Gesetz zum Sechsten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/10966 (2. Neudruck) vom 27.03.2019

2. und 3. Lesung

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w6/drs/ab_10900/10966.pdf

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zur 3. Lesung

Drucksache 6/11588 vom 13.6.2019

https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_11500/11588.pdf

In diesem Staatsvertrag zwischen Brandenburg und Berlin ging es uns vor allem um eine bessere Unterstützung des nicht-kommerziellen lokalen bzw. regionalen Rundfunks. Die wird allerdings im Staatsvertrag auf die technische Infrastruktur und die Programmverbreitung beschränkt. Die Formulierungen lassen unklar, inwieweit die nicht-kommerziellen Lokalradios an der Förderung lokaljournalistischer Angebote teilhaben können. Wir hätten uns hier eine Ausweitung der bestehenden Förderung gewünscht. Eine Finanzierung lokaljournalistischer Angebote über den Landeshaushalt, wie sie nun im § 8 (1), Satz 2, Punkt 12 ermöglicht wird, lehnen wir dagegen entschieden ab, weil wir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in keine Abhängigkeit von der Politik und von den jährlichen Haushaltsdebatten bringen wollen. Auf diese Weise sollte wohl eine Debatte über eine Rundfunkgebührenerhöhung oder die Reduzierung des Vorwegabzugs an den RBB

vermieden werden. Wegen dieser Einwände haben wir uns bei der Abstimmung im Plenum enthalten.

Meine Rede dazu könnt Ihr hier nachlesen:

<https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/im-parlament/reden/2019/mlh-190613-medienstaatsvertrag/>